



## Newsletter #1 - 2023

---

### Editorial

2023 beginnt für den Bundesverband NeMO mit erschreckenden Bildern von Geflüchteten an der EU-Grenzen.

Wir erinnern uns: Die EU-Kommission stellte vor zwei Jahren ihr „neues Migrations- und Asylpaket“ vor und sprach von einem Neuanfang in der EU-Migrationspolitik. Mit diesem Paket solle es fortan keine unüberlegten Ad-hoc Lösungen mehr geben, sondern ein berechenbares und zuverlässiges Migrationsmanagementsystem. Das neue Migrationskonzept versprach die Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen Verantwortung und Solidarität unter den Mitgliedstaaten, das durch eine gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten gekennzeichnet ist. Obwohl das Paket nach außen vielversprechend und humanitär wirkt, ist es in Wirklichkeit ein grausames Kontrollinstrument, bei dem Grund- und Freiheitsrechte verletzt werden. Anfang Februar 2023 versammelten sich EU Ministerpräsident\*innen und Chef\*innen und führten zu weiteren Verschärfungen in der Migrationspolitik.

Innenpolitisch haben wir als Bundesverband NeMO gehofft, dass das Bürger\*innengeld auch Geflüchteten zu Gute kommen könne. Seit dem 1. Januar 2023 erhalten materiell bedürftige Menschen in Deutschland das sogenannte Bürgergeld. Geflüchtete wurden dabei nicht mitgedacht: Denn wie schon bei Hartz IV bleiben asylsuchende und geduldete Menschen auch vom Bürgergeld ausgeschlossen. Statt des regulären Sozialrechts gilt für sie weiterhin das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – **und sie leben mit weniger als für ein würdevolles Leben notwendig ist. Der Bundesverband NeMO schließt sich den Appell der mehr als 60 Organisationen an und fordert die Abschaffung des AsylbLG!**

Dass sich die Bundesregierung, um demokratische Reformen bemüht, zeigt die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechtes, das seit 31.12.2022 in Kraft getreten ist. Demnach können Menschen, die am Stichtag des 31. Oktobers 2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland leben, ein 18-monatiges Chancen-Aufenthaltsrecht erwerben. Während dieser Zeit soll die Möglichkeit gewährt werden, die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht nach den §§ 25a und 25b AufenthG zu erfüllen. Dazu gehört insbesondere die eigenständige überwiegende Lebensunterhaltssicherung, Kenntnisse der deutschen Sprache und der

Nachweis der Identität. Bürokratische Hürden, Kettenduldungen, Arbeitsverbote u.v.m. sollen dadurch wegfallen.

Die Bundesregierung spricht von einem Neuanfang der Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik. In der Praxis hat sich aber bisher wenig geändert. Beispielsweise ist es nach wie vor unklar, wie die zuständigen Behörden entlastet werden sollen. Zunächst haben die Regelungen der Ausländerbehörden zur Folge, dass in den Fällen, in denen die Voraussetzungen erfüllt sind, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden muss und sich nur in außergewöhnlichen Ausnahmefällen dagegen entschieden werden kann. Außerdem kann es in den verschiedenen Bundesländern zu unterschiedlichen Handhabungen der Umsetzung kommen. Auch wenn Bund, Länder und Kommunen künftig enger kooperieren und damit effizientere Entscheidungsprozesse schaffen wollen, bleibt die Überlastung der Ausländerbehörden, die sich maßgeblich auf ganze Existenzen von Asylsuchenden auswirken ein fundamentales Problem.

Die Bundesrepublik kann dem Titel „Einwanderungsland Deutschland“ nur gerecht werden, wenn nicht nur gesetzliche Rahmenbedingungen verabschiedet werden, sondern auch die Bedarfe der vielfältigen und sich stets wandelnden Zivilgesellschaft aufgegriffen werden. Nicht zuletzt deswegen sind ein Bundespartizipationsgesetz und auch die Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes längst überfällig. Die Einbindung von Interessenvertreter\*innen bei der Gestaltung von gesetzlichen Rahmenbedingungen ist unabdingbar, damit eine Gesetzesgrundlage geschaffen wird, die mit der Realität mithält, Mehrfachdiskriminierung und strukturelle Ungleichheitsmechanismen erkennt und Diskriminierungsschutz und -bekämpfung auf ganzer Bandbreite bietet. **Daher fordert der Bundesverband NeMO eine umfassende, klare und realitätsnahe AGG Reform, die nicht nur die bestehenden Diskriminierungskategorien im AGG erweitert und konkretisiert, sondern neben der Einbindung von staatlichem Handeln auch einen kollektiven Rechtsschutz bietet. Die Verankerung des Verbandsklagerechts im AGG, die von vielen Migrant\*innenorganisationen gefordert wird, begrüßt der Bundesverband NeMO sehr.**

Neben diesen fundamentalen Forderungen zur diskriminierungsfreien Gestaltung des Einwanderungslands Deutschland hat der Bundesverband NeMO, insbesondere für das Jahr 2023, ganz klare Forderungen: Wir plädieren für die Gründung einer Forschungsstelle, die sich dezidiert mit Antidiskriminierung befasst. Diese Forschungsstelle muss eine Instanz sein, die wertvolle Impulse für die Schaffung einer diskriminierungsfreien Ordnung liefert. Auch im politischen Bereich sollten ressortübergreifende Maßnahmen vorherrschen. Nur so können allumfassende Lösungsansätze entstehen.

In unserem Newsletter machen wir auf diese Belange aufmerksam und veranschaulichen die Arbeit, die wir mit unseren Verbänden und assoziierten Organisationen für die Schaffung einer diskriminierungsfreien sowie inklusiven Gesellschaft leisten.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst

**Verflechtungen von Rassismus und Klassismus hinsichtlich Migrationsthematiken  
– ein Artikel des NeMO-Autor\*innen-Kollektivs, erschienen im Reader Klassismus und Rassismus – Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion (Hrsg. IDA e. V.)**

„Klasse, soziale Schicht, Milieu sind mehr oder minder geläufige Begriffe, die die sozioökonomische Zugehörigkeit von Personen zu gesellschaftlichen Gruppen markieren. Weitaus unbekannter ist dagegen die Diskriminierungsform, die sich durch die Abgrenzung und Hierarchisierung dieser Klassen ergibt. Klassismus meint die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft oder des sozialen Status – und prägt unsere Gesellschaft grundlegend negativ. Er zeigt sich in allen Lebensbereichen. Wo wir wohnen, wie wir uns ernähren, welche Musik wir hören, wie wir uns kleiden, sprechen und gestikulieren, aber auch was wir von Menschen halten, die anders sprechen, wohnen oder essen: All das sagt eine Menge über die Klasse unserer Herkunft beziehungsweise bestehende Klasse aus.

Jede\*r ist Teil einer Klasse. Die traurige Realität: Die meisten hegen Vorurteile gegenüber Personen anderer sozialer Schichten. Dennoch betrifft struktureller, institutioneller als auch individueller oder interpersoneller Klassismus vor allem Menschen der sogenannten Arbeiter\*innen- und Armutsklasse (vgl. Seck 2022, 12). Darunter wiederum befindet sich ein bedeutender Anteil rassifizierter Menschen und Personen mit Fluchtgeschichte. Ähnlich wie beim Problem des Rassismus gibt es Menschen, die von Klassismus profitieren, – während andere durch klassistische Ausschlüsse diskriminiert werden.

Klasse und Rassismus spielen auch in Hinblick auf die Wahrnehmung und Behandlung Migrierter und Geflüchteter eine wichtige Rolle.“<sup>2</sup> Dieser Aspekt wurde vom Autor\*innen-Kollektiv des NeMO-Netzwerks tiefergehend in einem gesonderten Beitrag mit dem Titel Verflechtungen von Rassismus und Klassismus hinsichtlich Migrationsthematiken betrachtet. Dieses Autor\*innen-Kollektiv besteht aus Leyla Ercan (Niedersächsisches Staatstheater Hannover – Agentin für Diversität), Atahan Demirel (ehemals politischer Referent im Bundesverband NeMO), Brigitte Lawson (Projektleitung *wir sind viele – für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft*, NeMO-Projekt bis 30.06.2022), Carolina Morana (Projektkoordinatorin im selbigen NeMO-Projekt), Fabienne Molela Moukara und Düzgün Polat (ZAM e. V., NeMO-Verbund) und Cemalettin (Vedat) Özer (NeMO-Vorstand). [Mehr zu dem Beitrag](#)

<sup>2</sup> Dyana Rezene (2022): Klassismus und Rassismus – Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion, Seite 6-10



# EMVI **EMPOWERING MIGRANT VOICES**

**EMVI – Empowering Migrant Voices on Integration and Inclusion Policies** ist ein Projekt von moveGLOBAL, das seit 2022 von der Europäischen Union aus dem Asyl-Migrations- und Integrationsfond finanziert wird. moveGLOBAL . Das EMVI-Projekt zielt darauf ab, durch Forschungsaktivitäten in jedem Partnerland (Deutschland, Griechenland, Italien, Österreich und Slowenien) politische Integrationsprozesse insbesondere im Hinblick auf die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte zu untersuchen. In diesem Zusammenhang wurde in jedem Projektland ein Forschungsbericht mit Hilfe eines multimethodischen Ansatzes erstellt, der Sekundärforschung, sowie wie eine qualitative Analyse im Rahmen von Interviews und Fokusgruppen umfasst. Das Projekt geht der Fragen nach, wie Menschen mit Migrationsgeschichte sich politisch beteiligen können und wie sie dazu befähigt werden. Dabei wurde insbesondere untersucht, wie ihre Bedürfnisse erfüllt und ihre Stimmen gehört werden, wie sie ihre Rechte auf Beteiligung wie die Vereinigungsfreiheit, das Versammlungsrecht, das Petitionsrecht und das Wahlrecht in den jeweiligen Ländern ausleben können. Der Fokus auf die Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen mit Migrationsgeschichte war hierbei besonders wichtig.

Auf der Grundlage dieses Prozesses bieten alle fünf nationalen Forschungsberichte einen Ausgangspunkt für die Untersuchung bestehender Vereinbarungen und Strukturen sowie für die Entwicklung neuer Wege für die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte an Beratungs- und Entscheidungsprozessen zur Gestaltung und Umsetzung von Migrations- und Integrationspolitik auf nationaler und lokaler Ebene. Ein Spezifikum von moveGLOBAL und des Bundesverbands NeMO. Auf der Grundlage der Ergebnisse der nationalen Berichte wurden wichtige Empfehlungen entwickelt und bewährte Praktiken aufgezeigt, um eine bessere Einbeziehung von Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete in die politischen Prozesse in den Ländern zu fördern.

Der gesamte Forschungsbericht ist seit diesem Jahr als Broschüre hier abrufbar.

Die Berichte der anderen Projektländer sind in englischer Sprache auf der europäischen Seite des Projekts verfügbar.

Es ist zur Nachahmung empfohlen!

### **Her mit dem neuen Staatsbürgerrecht – ohne Wenn und Aber!**

Derzeit werden allein in Hannover im Jahresdurchschnitt etwa 1000 Menschen eingebürgert. Die Bundesregierung plant neue Gesetze für Einwanderung und Einbürgerung. Dazu ein Kommentar von Lipi Mahjabin Ahmed, MiSO-Vorstand und Leiterin der Initiative für Internationalen Kulturaustausch (IIK).

Die Bundesregierung will die Einwanderung nach Deutschland erleichtern, mit einer Reform der Migrationspolitik in drei Säulen: Das Chancen-Aufenthaltsrecht wurde bereits am 02.12.22 im Bundestag verabschiedet. Zum neuen Fachkräftezuwanderungsgesetz ist immerhin schon ein Eckpunktepapier im Bundeskabinett vorbereitet worden. Als drittes soll nun das Staatsbürgerschaftsrecht grundlegend geändert werden (siehe Kasten). Um das geplante Gesetz gibt es aber Streit. Nicht nur aus der Opposition heraus wird es – wie zu erwarten war – beschossen, kritische Stimmen kommen nun auch aus den Reihen der FDP, obwohl die Partei vor knapp einem Jahr den Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen unterschrieben hat. Es sind Argumente zu hören, die eigentlich zu perfide sind, als dass sie wirklich ernst zu nehmen wären: beispielsweise sei „niemand willkommen, der nur die Hand im Sozialsystem aufhalten möchte“. Verkannt wird dabei, dass die Sicherung des Lebensunterhalts aus eigener Erwerbsarbeit eine der Hauptvoraussetzungen für den deutschen Pass ist.

Ein "modernes Staatsangehörigkeitsrecht": Laut Koalitionsvertrag der Ampelparteien ist ein Gesetz geplant, das die Möglichkeit zur Einbürgerung "in der Regel nach fünf Jahren" vorsieht - derzeit sind es acht. "Bei besonderen Integrationsleistungen" - etwa herausragenden Leistungen in Schule und Beruf oder besonders guten Sprachkenntnissen - könnten es sogar nur drei Jahre sein. Vorgesehen ist auch, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern automatisch Deutsche werden, wenn ein Elternteil bereits seit fünf Jahren "seinen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt" in Deutschland hat. Wer Deutscher oder Deutsche werden will, soll zudem eine zweite Staatsbürgerschaft dafür nicht mehr aufgeben müssen.

Die IIK und Miso fordern, das Gesetz zu verabschieden - ohne Abstriche und wie im Koalitionsvertrag vereinbart! Unsere jahrelangen Forderungen nach mehr Chancengleichheit, Vielfalt und demokratischer Teilhabe finden in diesem Gesetz endlich eine Antwort. Es darf nicht verwässert werden! Migrantinnen und Migranten in Deutschland muss endlich das Gefühl gegeben werden, wirklich willkommen zu sein und die gleichen Rechte zu haben wie der Rest der Gesellschaft. Die migrantischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wollen als Wahlberechtigte mitbestimmen dürfen, was in

diesem Land passiert! Die doppelte Staatsbürgerschaft muss sein, um nicht nur der Vielfalt in der bundesdeutschen Gesellschaft Rechnung zu tragen, sondern auch dem Gefühl der Zerrissenheit zu begegnen, welches Menschen mit multikulturellem Hintergrund oftmals haben. Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, hat ein Recht darauf, sich wohlfühlen und akzeptiert zu sein. Mehr noch: Das Gefühl der Akzeptanz erhöht die Bereitschaft zur Integration und umgekehrt. Eine starke Wechselwirkung, eine gute Chance für eine Positivspirale hin zu einer vielfältigen, lebendigen und demokratischen Gesellschaft ohne Vorurteile, Barrieren und Ausgrenzungen.

[Zum Artikel](#)



**Wie divers sind wir, Leitfaden für Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmende, ein Produkt des Forums der Kulturen Stuttgart e. V.**

Die [MoVe-Gruppe](#) aus dem Forum der Kulturen Stuttgart e.V. findet, dass

alle Arbeitgeber\*innen und alle Arbeitnehmer\*innen wissen sollen, wie wertvoll Diversität ist. Daher hat sie den Leitfaden **Wie divers sind wir?** entwickelt, der Organisationen, Teams oder auch einzelnen Personen dabei helfen soll, herauszufinden, **wie divers der eigene Arbeitsplatz ist und wie er gegebenenfalls diverser gestaltet werden kann.**

Zu dem Leitfaden gehören diese Bereiche der Diversität: Alter; körperliche, geistige und seelische Verfassung; Rassismus; Geschlecht; Religion, Weltanschauung und Spiritualität; sozialer Status; sexuelle Orientierung und Arbeitsabläufe und Organisationskultur.

*Wie divers sind wir? wurde von Saliha Soylu illustriert.*

[Zum Leitfaden](#)

### **Meldestelle für Rassismus in Deutschland**

Eine Meldestelle für anti-Schwarzen, antiasiatischen inklusive anderer Formen von Rassismus wird im Zeitraum vom 15.06.2022 -14.06.2023 bei VMDO – Verbund der sozial-kulturellen Migrant\*innenvereine in Dortmund e.V. aufgebaut, eingerichtet und ist durch die [Landesregierung NRW](#) gefördert. Ab Sommer 2023 nimmt die Meldestelle ihre Arbeit auf!

Insgesamt werden die Phänomenbereiche Antisemitismus, Anti-Schwarzen, antimuslimischen, antiasiatischen, Anti-Gadjé-Rassismus und Querfeindlichkeit mit den beauftragten Trägern der Meldestellen NRW weit erfasst. Ziel des seit Juni 2022 landesgeförderten Projektes ist der Aufbau einer Meldestelle zur Registrierung von Diskriminierungsvorfällen, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen und nicht von der polizeilichen Statistiken erfasst werden, zu erfassen. Damit gehört sie zu einer der fünf Meldestellen in NRW. *„560.000 Euro für vier Stellen: Jede der vier geplanten Meldestellen soll mit 140.000 Euro finanziert werden. Ihre Arbeit aufnehmen werden sie nach jetzigem Stand 2023. Sobald der Betrieb läuft, sollen sie jährlich einen Bericht an das Land verfassen, wie Familienministerin Josefine Paul mitteilte. Auf Grundlage dieser Berichte will die Regierung weitere Maßnahmen gegen Diskriminierung erörtern und beschließen. Darüber hinaus hat NRW anerkannte Experten mit der Erfassung dieser Diskriminierungsform beauftragt, unter anderem den Wissenschaftler Kemal Bozay von der Internationalen Hochschule Düsseldorf.“*

MORGEN - NETZWERK MÜNCHNER MIGRANTENORGANISATIONEN

# MÄRCHEN AUS DEM MORGEN-LAND

Erste Ausgabe



## **Märchen aus dem Morgen-Land**

Es gibt die mehrsprachigen Märchen und Geschichten von MORGEN e. V. als Märchenbuch. 18 Gruppen und Initiativen haben sich beteiligt und haben Märchen und Geschichten auf Deutsch und in 15 weiteren Sprachen (u.a. Bosnisch, Kroatisch, Litauisch, Arabisch, Serbisch, Russisch, Brasilianisch, Rumänisch, zusammengestellt. Die wunderschönen Illustrationen stammen von Tanja Kischel. Finanziert wurde das Projekt über unseren

Bundesverband Netzwerke von Migrant\*innenorganisationen e.V. (NeMO)  
bzw. über das NeMO-Projekt KIWiT.

[Zum Märchenbuch](#)

### **Dossier: „Gesundheit für alle!“**

*Ein Beitrag von Brigitte Lawson mit Unterstützung von Atahan Demirel und Lejla Medanhodžić*

**In welche Familie ein Kind geboren wird, wo es aufwächst und zur Schule geht, was es später einmal verdient: All das beeinflusst die Gesundheit der- und des Einzelnen ein Leben lang – und sogar den Tod. Im Fernsehbeitrag „plan b: Gesundheit für alle: Amsterdam: Damit Armut nicht krank macht“ vom 03.09.2022 zeigen Marijke Engel, Jana Kalms und Detlev Konnerth, dass **Armut und schlechte Gesundheit häufig zusammenhängen.****

Eine Studie des Robert Koch-Instituts aus dem Jahr 2019 belegt, dass 13 Prozent der Frauen und 27 Prozent der Männer aus der niedrigsten Einkommensgruppe vor Vollendung des 65. Lebensjahres sterben. In der höchsten Einkommensgruppe sind dies hingegen lediglich 8 Prozent der Frauen und 14 Prozent der Männer. Frauen mit niedrigem Einkommen leben laut eben dieser Studie des Robert Koch-Instituts also fast viereinhalb Jahre kürzer als Gutverdienerinnen. Arme Männer sterben gar knapp neun Jahre früher als reiche.

Das muss nicht so bleiben: **Es gibt Wege, diese Zusammenhänge zu durchbrechen. Ärzt\*innen und Sozialarbeiter\*innen, Pflegekräfte und Therapeut\*innen kämpfen an unterschiedlichen Orten für ein gemeinsames Ziel: Gesundheit für Alle – unabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildung! „Unsere Idee ist, ein soziales Stadtteilzentrum mit einem Gesundheitszentrum zu verbinden“, erklärt Eva Weirich (Geko).**

[Zum Beitrag](#)

**Bundesverband Netzwerke von  
Migrant\*innenorganisationen e.V.  
(NeMO)**

**Am Sudhaus 2,  
12053 Berlin  
Rheinische Straße 171  
44147 Dortmund  
presse@bv-nemo.de  
0159/04865875**

Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Wir freuen uns, wenn Sie uns weiter empfehlen.

Möchten Sie unsere E-Mails nicht mehr erhalten?

**[Hier Abmelden](#)**

Wird diese E-Mail nicht richtig angezeigt? **[Im Browser anzeigen](#)**